

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumann Alexander, Binder, Blocher, Bortoluzzi, Brunner Toni, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Föhn, Gadiant, Giezendanner, Hasler Ernst, Oehrli, Rychen, Schenk, Schlüer, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Vetterli, Weyeneth, Wyss (22)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Aus dem Lagebericht II/96 des GWK geht deutlich hervor, dass das GWK mit dem heutigen Personalbestand überfordert ist. Der Verkehr aus den ehemaligen Ostblockstaaten ist stark zunehmend. Dabei handelt es sich vor allem um Touristen und Geschäftsleute, aber auch um gefährliche Kriminaltouristen. Ein Teil davon reist auch schon über Strassen mit tolerierterem Verkehr ein. Man hat festgestellt, dass diese Gruppen mit der Absicht (oder dem Auftrag) einreisen, eine Straftat zu begehen und sofort wieder auszureisen. Dabei verfügen sie über gute Informationen, Pläne und Skizzen. Ausgerüstet sind sie auch vielfach mit mobilen Telefongeräten. Für die Ausreise benutzen sie die unbesetzten Zollstrassen. Diese Übergangsstellen werden vermehrt ausserhalb der Öffnungszeiten für Schmugglerfahrten, illegale Ein- und Ausreise und von Kriminellen benutzt. Dabei wird zunehmend gezielt und professionell vorgegangen. Vorläufer unternehmen z. B. bis vier Leerfahrten, bevor eine Aktion durchgeführt wird. Aufgrund von Aussagen zuverlässiger Grenzbewohner ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

An der Südgrenze der Schweiz bahnt sich eine Welle von illegalen Einwanderungsversuchen an. Die italienische Presse weist auf eine ungewöhnliche Konzentration von sich illegal im Land aufhaltenden Personen aus verschiedenen Balkanstaaten und aus dem Magreb hin. Aufgrund der politischen Wirren in Albanien wird sich diese Situation noch verschärfen. Viele versuchen es über die kontrollierten Übergänge mit gefälschten Papieren in bester Qualität. Eine unbekannte Zahl versucht es über die Grüne Grenze. Das Ausmass der Situation lässt sich von den «statistischen Erhebungen über Asylsuchende an der Grenze und illegalen Einreisen im Zwischenland» der Oberzolldirektion ableiten.

Die personellen und technischen Mittel reichen bei weitem nicht mehr aus, diesen neuen grenzüberschreitenden Verkehr gezielt zu überwachen und zu kontrollieren.

Zusammenfassend stelle ich fest:

- Der Lagebericht II/96 des GWK vom 14. November 1996 kommt einem Hilferuf der Abschnittskommandanten des GWK gleich.
- Alarmierend ist die Zunahme von Widerstand, Drohung und Gewalt gegen Angehörige des GWK.
- Die Bevölkerung im grenznahen Bereich fühlt sich bedroht und ist sehr verunsichert.

Zudem fordert auch der erste Staatsanwalt des Kantons Zürich, Marcel Bertschi, im «Tages-Anzeiger» vom 13. März 1997: «Die Grenzkontrollen sollen verstärkt werden.»

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 28. Mai 1997

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 28 mai 1997

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

97.3171

**Postulat Bircher
Kriminaltourismus
und organisiertes Verbrechen.
Massnahmen an der Landesgrenze**

**Postulat Bircher
Tourisme criminel et crime organisé.
Renforcement de la surveillance
à la frontière et autres mesures**

Wortlaut des Postulates vom 21. März 1997

Der Bundesrat wird eingeladen, für die Bekämpfung des Kriminaltourismus und des organisierten Verbrechens an der Landesgrenze vermehrte Massnahmen zu ergreifen – wie stärkerer Einsatz und personelle Verstärkung des Grenzwachtkorps, Optimierung der Ausrüstung und Vernetzung der Arbeit mit den kantonalen Polizeikorps bzw. den Polizei- und Kontrollorganen im Grenzraum der Nachbarstaaten.

Texte du postulat du 21 mars 1997

Le Conseil fédéral est prié de prendre plus de mesures pour lutter contre le tourisme criminel et le crime organisé à la frontière – comme p. ex. de prévoir des interventions plus nombreuses et une augmentation de l'effectif du corps des gardes-frontière, une optimisation de l'équipement ainsi qu'une collaboration renforcée avec les corps de police cantonaux et, selon le cas, avec les organes de police et de contrôle des zones frontalières des pays voisins.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Das organisierte Verbrechen und der Kriminaltourismus stellen eine der grössten Bedrohungen für die innere Sicherheit unseres Landes dar. Hier ansässige ausländische Staatsangehörige und unschuldige, an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge müssen immer wieder darunter leiden, dass aufgrund der häufigen Kriminalitätsfälle alle Ausländer «in einen Topf geworfen» werden. Die Akzeptanz der Flüchtlings- und Ausländerpolitik in der Bevölkerung wird letztlich davon betroffen.

Massiv sind aber vor allem die direkte Bedrohung und die Verunsicherung in unserer Bevölkerung, wenn der Kampf gegen die Drogenmafia, die Einbruchsserien und die Gewalttätigkeiten aller Art nicht entschlossener bereits an der Landesgrenze aufgenommen wird.

Ich trete für eine Öffnung der Schweiz ein und bin ein überzeugter Befürworter der kleinen Aussenpolitik unseres Landes, im Sinne von guter Nachbarschaft. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit muss aber auch die Kehrseite der liberalen Grenzöffnung beachten, die erhöhte Kriminalität – was bereits auch EU-Staaten aufgrund des Abkommens von Schengen konkret feststellen müssen.

Die Stärkung der Arbeit unseres Grenzwachtkorps, nötigenfalls auch eine leichte Erhöhung des Bestandes an Etatstellen auf 2000 – was über viele Jahre die Norm war (heute 1891) –, wäre der Situation angemessen. Die Schutz- und Kontrollaufgaben im Grenzraum sind primär Aufgabe des Bundes, und der Bund kann und darf sich in der heutigen Situation dieser Verantwortung nicht entziehen. Zudem kann er diese Aufgaben nur beschränkt an die Grenzkantone delegieren.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 28. Mai 1997

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 28 mai 1997

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis